Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 272 (1999)

Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

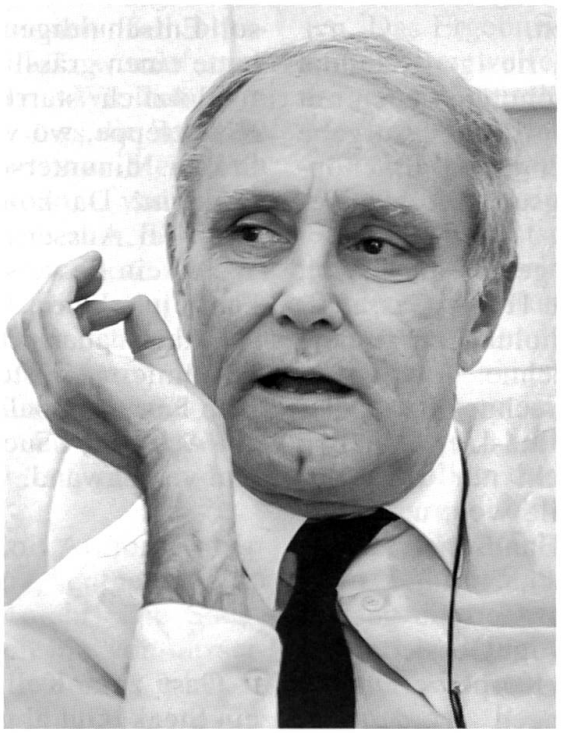
Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltchronik

(vom 16. Mai 1997 bis 15. Mai 1998)

Seit der Selbstauflösung der Sowjetunion und der Aufsplitterung ihres vormaligen Satelliten-Imperiums sind die *Vereinigten Staaten* einzige Weltmacht. Wir leben seither in einer neuen, ganz ungewohnten geschichtlichen Epoche, in welcher nota bene die Dominanz einer nunmehr aussereuropäischen Macht – ohne die vormals übliche Rivalität mehrerer Machtzentren in einem labilen Gleichgewichtszustand – das absolute Novum ist. Damit ist auch die visionäre Prognose von *Alexis de Tocqueville,* der im 19. Jh. für die absehbare Zukunft eine dauerhafte Bipolarität zwischen Amerika und Russland vorausgesagt hatte, hinfällig geworden. Russland wird zwar auch fürderhin in regionalen Angelegenheiten – vor allem an den verwundbaren Rändern Asiens – ein gewichtiges Wort mitreden; an einer imperialistischen Weltpolitik ist es durch den Verlust seines Machtzentrums im osteuropäischen Raum und durch die neue globale Machtkonstellation entscheidend gehindert.



Flavio Cotti
Bundespräsident für das Jahr 1998
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

Freilich hat auch die heute überragende Weltmachtstellung der USA keinen Ewigkeitswert. Alle so sehr imponierende Kraft der USA genügt nicht, jene «neue Weltordnung» allein zu unterhalten, wie sie den Präsidenten Reagan und Bush nach dem Kalten Krieg euphorisch vorgeschwebt hat. Diese Kraft reicht aus, in geopolitischen Konflikten den Schiedsrichter zu spielen und in punktuellen Gebieten der Erde, die für die USA und ihre Alliierten von entscheidendem strategischem und wirtschaftlichem Interesse sind, mit oder ohne die UNO, andere internationale Organisationen und Verbündete das Überhandnehmen von Chaos, Terror und sporadischen Kriegshandlungen zu verhindern oder einzudämmen. Sie reicht aber nicht aus, überall und jederzeit die Rolle des «Weltpolizisten» zu übernehmen, der eine allseits respektierte Friedensordnung durchsetzt. In seinem 1997 erschienenen Buch «Die einzige Weltmacht» schreibt der Sicherheitsberater von Präsident Carter, *Zbigniew Brzezinski:* «Inwieweit die USA ihre globale Vormachtstellung geltend machen können, hängt davon ab, wie ein weltweit engagiertes Amerika mit den komplexen Machtverhältnissen auf dem eurasischen Kontinent fertig wird – und ob es das Aufkommen einer dominierenden gegnerischen Macht verhindern kann.» Der Autor kommt zum Schluss, das globale Ordnungssystem, auf welches sich die Hegemonie der USA abstützt, müsse viel mehr als auf den bisherigen imperialistischen und hierarchischen

Machtstrukturen auf der Methode der Einbindung von Partnern und auf indirekter Einflussnahme gründen, die auch die ehemaligen Gegner mit umschliesst. *Hans-Dietrich Genscher* schreibt dazu, dass es die Aufgabe Amerikas mit seiner «Hegemonie eines neuen Typus» sei, ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Völker und die gleichberechtigte und globale Zusammenarbeit aller Weltregionen anzustreben und zu bewirken; für deren Erfolg spiele die Beachtung der Menschenrechte eine wichtige Rolle. «Beim Bau der neuen Weltordnung dürfen nicht die Fehler wiederholt werden, die in Gestalt nationalen Vormachtstrebens am Ende des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jh. von Europa ausgehend die Welt so stark erschüttert haben», meint er. Dass Amerika in dieser Zukunftssicht «nicht nur die erste und die einzige Supermacht, sondern wahrscheinlich auch die letzte» sei, ist die Quintessenz.

* * *

Vorläufig macht sich allerdings die Hegemonie der USA allenthalben deutlich fühlbar. Und es wird noch keineswegs von den altbekannten und berüchtigten Mitteln der Machtausübung Herrschender über die Beherrschten oder Unterlegenen Abstand genommen. Die allgegenwärtige militärische Präsenz der USA wird zwar laufend abgebaut, aber auf unzweideutige diplomatische Einflussnahme sowie harten ökonomischen Druck mit Embargos und Boykottmassnahmen gegen den amerikanischen Vorstellungen widerstrebende Staaten und Potentaten verzichtet Washington keineswegs; ja die Tendenz ist unverkennbar, die nationale Gesetzgebung der USA ohne Rücksicht auf irgendwelche Souveränitätsvorbehalte anderer Länder als überall in der Welt verbindliche Normen durchzusetzen. Diese Haltung ist nicht dazu angetan, den Respekt vor der Supermacht und die spontane Bereitschaft zur Kooperation zu fördern. Solche Massnahmen, die heute an die Stelle der früheren unzimperlichen «Kanonenboot-Diplomatie» getreten sind, verfehlen jedoch nicht nur oft ihr Ziel, sondern sie haben sogar bisweilen bestehende Konflikte verschärft oder verlängert und paradoxerweise nicht selten auch denjenigen, die sie verhängt haben, Nachteile beschert!

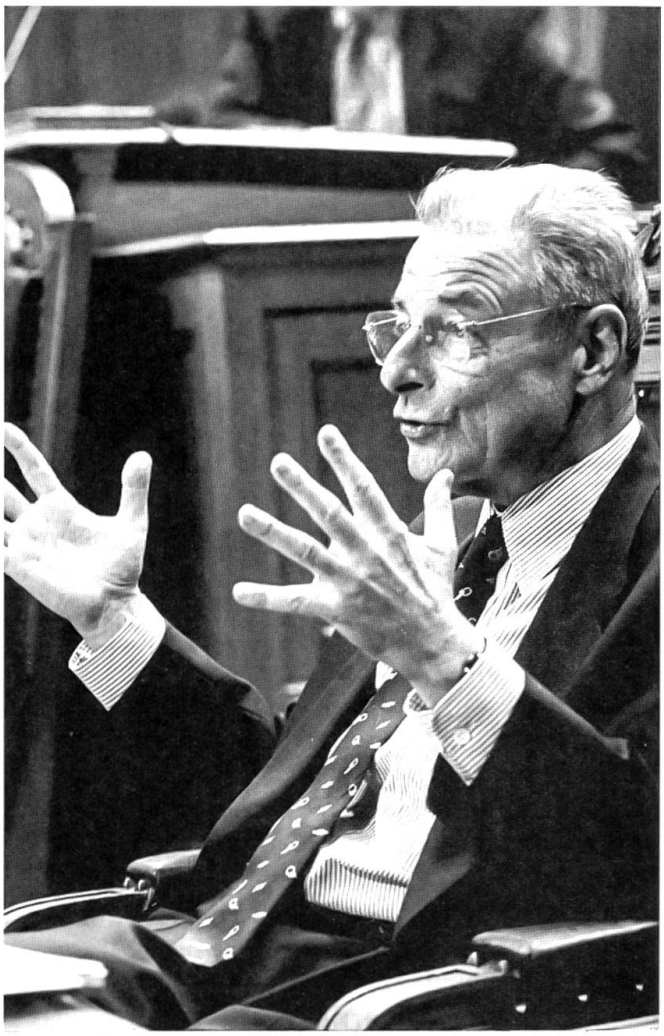
Die Liste der mit derartigen Strafsanktionen belegten Staaten ist lang und wird zusehends noch länger. Dazu gehört ausser *Kuba, Libyen, Iran* und *Irak* usw. neuerdings auch *Indien,* das am 11. Mai 1998 überraschend mit drei unterirdischen Atomexplosionen von sich reden gemacht hat und sich somit über die internationalen Bestrebungen, den Klub der Atommächte sich nicht ausweiten zu lassen, hinwegsetzte. Indien hat schon vorher ausdrücklich einen Verzicht auf eigene Atomwaffen abgelehnt, scheint aber jetzt unter der neuen Regierung von Vajpayee eine neue Runde des Wettrüstens in jener Region einzuleiten. Damit wird die Gefahr heraufbeschworen, dass auch im Nachbarland und Rivalen von Indien – nämlich in *Pakistan* – die Pläne einer atomaren Aufrüstung rasch vorangetrieben werden. Die USA haben prompt alle Projekte der Entwicklungshilfe sowie die Wirtschafts- und Militärhilfe an Indien gestrichen. In diesem Fall, wie auch an einigen anderen Brennpunkten des weltpolitischen Geschehens, liegen die amerikanischen Sanktionen auf der Linie von Protesten auch anderer Staaten mit identischen Interessen.

Um ein Haar wäre es zu einem zweiten militärischen Schlag gegen *Irak* gekommen, nachdem sich Saddam Hussein erdreistete, den Mitgliedern des Inspektionsteams der UNO provokativ den Zutritt zu möglichen Depots oder Produktionsstätten von im Waffenstillstandsvertrag verbotenen nuklearen, biologischen und chemischen Waffen zu versagen. Die USA, sekundiert von Grossbritannien, schritten im Persischen Golf zu Kriegsvorbereitungen für einen vernichtenden Schlag. Aber diesmal distanzierten sich Frankreich, Russland und China entschieden von einem militärischen Eingreifen unter der Fahne der UNO. Schliesslich gelang es dem Generalsekretär der UNO, Kofi Annan, bei einem Besuch in Bagdad Saddam Hussein zum Einlenken zu bewegen, so dass die geplante Inter-

vention unterblieb. Im Fall von *Kuba* war Clinton auf Grund eines humanitären Appells von Papst Johannes Paul II. anlässlich von dessen Besuch bei Castro im Januar bereit, etwelche Lockerungen des Boykotts, der die Bevölkerung der Insel schwer trifft, zuzugestehen. Aber die harten Sanktionen werden prinzipiell aufrechterhalten, obwohl sie inzwischen auch zu belastenden Auseinandersetzungen mit der EU geführt haben.

Demgegenüber ist die von den USA nachhaltig betriebene Vermittlungstätigkeit in einer nach wie vor konfliktträchtigen Welt ein weniger umstrittenes und in der Regel verdienstvolles Unterfangen. Es ist tatsächlich geeignet, bisweilen den gefährdeten Frieden zu erhalten oder Gewalthandlungen einzuschränken oder zu beenden, auch wenn der Erfolg selbst für eine überragende Grossmacht nie sicher ist. Im Falle von *Bosnien,* wo die EU wegen Uneinigkeit und Ratlosigkeit die Konfliktparteien nicht zur Raison zu bringen vermochte, erntete Präsident Clinton mit dem kühn konzipierten Dayton-Abkommen einen unwahrscheinlichen Erfolg gegen die Schrecken allseitiger Gewalthandlungen. Zum mindesten wird der Waffenstillstand mit provisorischer Aufteilung der ethnisch verschiedenen Gebiete mit einem föderativen Überbau vorläufig eingehalten, solange dieser von einer internationalen Sicherheitstruppe, in welcher auch amerikanisches Militär integriert ist, vor Ort durchgesetzt wird.

Bisher erfolglos geblieben ist die langwierige amerikanische Vermittlung zwischen *Israel* und den Palästinensern. Die Regierung Netanyahu setzt nach wie vor eine expansive jüdische Besiedlungspolitik in den eigentlich den Palästinensern vorbehaltenen Gebieten von Cisjordanien fort und weigert sich, gemäss dem in Oslo mit Arafats PLO geschlossenen Abkommen die israelischen Besatzungstruppen dort weitgehend abzuziehen. Auch weigert sich Israel, den Palästinensern ausser der beschränkten Selbstverwaltung die Errichtung eines selbständigen Staates zu gestatten. Arafats Glaubwürdigkeit im arabischen Lager wird dadurch unterhöhlt, und ein neuer Ausbruch grenzenlosen Terrors, ja sogar ein neuer Krieg im Nahen Osten ist leider gelegentlich wieder zu befürchten! Vergeblich haben sich der von Clinton eingesetzte Sonderbeauftragte Dennis Ross, US-Aussenministerin Madeleine Albright sowie der britische Premier Blair bemüht, Netanyahu und seine Regierung zur Abkehr von ihrer unversöhnlichen Haltung zu überreden. Selbst ein Besuch des letzteren im Anschluss an eine Zusammenkunft Clintons mit Arafat in Washington erwies sich als Flop.



Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz tritt zurück
Sein letzter parlamentarischer Auftritt im Ständerat.
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

Andererseits kann man sich glücklich schätzen, dass es Clintons persönlicher Vermittlungstätigkeit in *Nordirland* gelungen ist, den immer wieder ins Stocken geratenen Friedensprozess zwischen der revolutionären IRA und den Protestanten einerseits und der britischen Regierung als Repräsentantin der staatlichen Oberhoheit über diese Provinz zu retten: Am 14. April ist dort nach fast zweijährigen Verhandlungen zwischen den Parteien, die sich seit 30 Jahren in einem Bürgerkrieg unversöhnlich gegenüberstanden, ein Abkommen mit einem Modus vivendi getroffen worden, das von Dauer zu sein verspricht.

Bemerkenswert ist, dass die amerikanische Aussenpolitik seit einiger Zeit die Absicht bekundet, die immerzu gespannten Beziehungen zur *Volksrepublik China* markant zu verbessern. Sichtbarer Ausdruck dieser Klimaveränderungen in den gegenseitigen Beziehungen ist der Besuch des chinesischen Präsidenten Jiang Zemin im Oktober 1997 in Amerika, dessen Höhepunkt ein Treffen mit Clinton gewesen ist. Vorsichtigerweise wurde in den Gesprächen ein Disput über die nach wie vor unvereinbaren Vorstellungen über Natur und Geltung der Menschenrechte vermieden; aber es ist doch kein Zufall, dass der Anführer der Dissidenten auf dem Tiananmen-Platz mit dem Massaker an den Studenten, Wang Dan, nun am 19. April aus dem Gefängnis entlassen und nach Amerika abgeschoben worden ist. Günstig für die weiteren Beziehungen dürfte auch sein, dass am nationalen Volkskongress in Peking im März 1998 die Ablösung von Ministerpräsident Li Peng durch Zhu Rongji erfolgt ist. Es ist offensichtlich geworden, dass nunmehr in China der internen Wirtschaftsentwicklung und der Bekämpfung der in allen Staats- und Lebensbereichen wuchernden Korruption vor den Dogmen der kommunistischen Ideologie Priorität eingeräumt wird. Es scheint auch, dass nach der Rückkehr von Hongkong die nationalistischen aussenpolitischen Aspirationen wenn nicht aufgegeben, so doch zurückgestellt werden. Die Entspannung mit China hat einen heiklen Aspekt im Zusammenhang mit der amerikanischen Allianz mit Japan; aber auch in diesem Verhältnis hatten die USA im Berichtsjahr eine glückliche Hand, wobei eine gewisse wirtschaftliche Schwächung des «Landes der aufgehenden Sonne» durch interne Krisen im Finanzsektor und die direkten und indirekten Auswirkungen des Kollapses des Wirtschaftswunders der «Tiger-Staaten» in Südostasien die üblichen Rivalitäten gemildert haben.

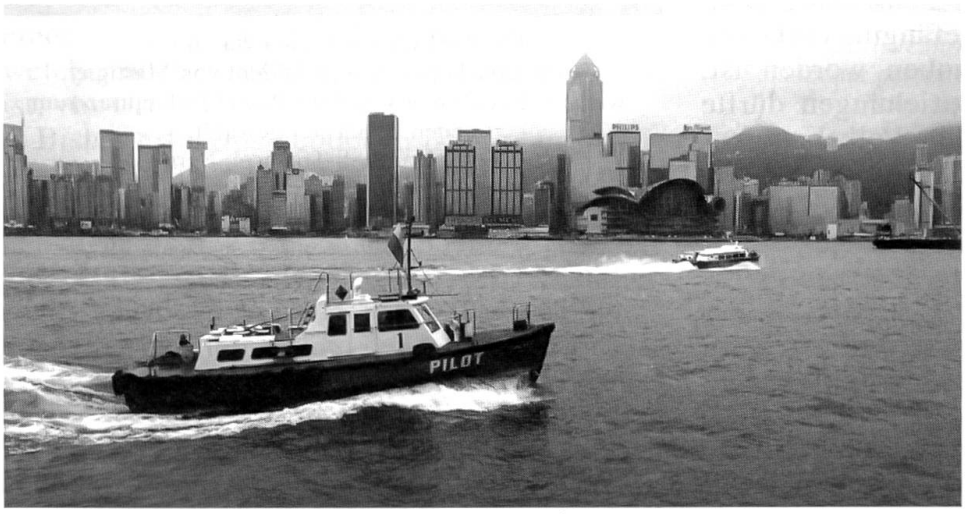
Ein Walliser wird neuer Bundesrat
Pascal Couchepin, Stadtpräsident von Martigny, wird als Nachfolger von Jean-Pascal Delamuraz zum neuen Bundesrat gewählt.
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

Mit *Europa* bleiben die USA eng verbunden. Ihr Verbleiben in der NATO stellt eine Garantie dieses besonderen Verhältnisses über

den Atlantik hinweg dar; der amerikanische Kongress hat ausdrücklich deren Osterweiterung mit Einbezug von Polen, Ungarn und der Tschechei im Verein mit den bisherigen europäischen Partnern begrüsst. Etwas weniger positiv ist die amerikanische Haltung gegenüber der voranschreitenden europäischen Integration mit deren immer stärkeren Institutionalisierung und nicht zuletzt gegenüber der europäischen Einheitswährung. Es werden gewissenorts Befürchtungen wegen der Perspektive einer härteren Handelskonkurrenz laut. Die Blockbildung in Europa animiert die USA und ihre Nachbarländer Kanada und Mexiko zu konkreten Bestrebungen eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses. Die NAFTA (USA, Kanada und Mexiko als eigene Freihandelszone) hat zwar wegen der katastrophalen mexikanischen Finanzkrise von 1994 keinen guten Start gehabt; sie ist aber inzwischen dank gigantischer internationaler (und namentlich auch amerikanischer) Unterstützung nun wieder flott. Aber deren Ausdehnung auf *Chile* ist jetzt kein Thema mehr. Die Idee wirtschaftlicher Blockbildung macht jedoch auch auf dem ganzen amerikanischen Kontinent Schule: Am 19. April ist an einer Gipfelkonferenz von 34 Staaten des Doppelkontinents (ohne Kuba) in Santiago de Chile unisono beschlossen worden, bis zum Jahr 2003 eine den ganzen Kontinent umfassende Freihandelszone zu errichten! Allerdings sind dabei auch gewisse Vorbehalte gegen eine allzu dominierende Rolle der USA laut geworden; aber bemerkenswerterweise wird dem Wunsch Washingtons, überall schärfere Massnahmen gegen die Drogen-Mafia zu ergreifen, entsprochen.

Wo immer es in der Welt nicht um erstrangige geostrategische Positionen geht, die nicht in andere Hände fallen dürfen, ist die amerikanische Aussenpolitik in der letzten Zeit flexibler geworden. Man möchte offensichtlich kumulierende Konfrontationen, welche die amerikanischen Kräfte allzu stark zersplittern könnten, vermeiden. Dies gilt in erster Linie gegenüber *Russland,* aber auch gegenüber *China,* ja selbst in den schwer mit Hypotheken belasteten Beziehungen zu *Iran.* Das Konzept für die Zukunft ist, China, Russland, die labilen Länder des Mittleren Ostens und Innerasiens davon abzuhalten, sich in einer antiwestlichen Allianz zusammenzuschliessen. Eine solche Entwicklung wäre auch in der Tat für alle Beteiligten und Betroffenen handelspolitisch von grösstem Nachteil, liegen doch im Untergrund des Beckens des Kaspischen Meeres grössere Ölvorkommen als um den Persischen Golf!

Mit Clintons Besuchsreise nach sechs Ländern Afrikas hat zum ersten Mal ein amerikanischer Präsident seinen Fuss auf den Boden des Schwarzen Kontinents gesetzt. Es ist dies ein klares Indiz dafür, dass das Interesse der USA an Afrika neuerdings stärker erwacht. Vor allem Westafrika wird in Zukunft wohl nicht



Hongkong wird chinesisch
Nach 156 Jahren als britische Kronkolonie wird Hongkong am 1. Juli 1997 an die Volksrepublik China abgetreten.
(Foto: Keystone Press AG, Zürich)

mehr als eine privilegierte Domäne des Einflusses von Frankreich betrachtet werden. Bei den Volksmassen in den besuchten Ländern hat Clintons Auftritt Begeisterung ausgelöst; er dürfte aber mehr Erwartungen geschürt haben, als die USA willens und fähig sind, in absehbarer Zeit dort zu erfüllen. Der Afrika-Besuch war im übrigen zweifellos auch als Botschaft an die schwarze Bevölkerung in Amerika gedacht, deren Vorfahren bekanntlich seinerzeit als Sklaven in die Neue Welt verfrachtet worden waren!

Innenpolitisch macht Clinton in seiner zweiten Amtszeit, obwohl er mit einem Parlament regieren muss, das nicht von seiner Partei beherrscht wird, recht gute Figur. Die Vereinigten Staaten präsentieren zum ersten Mal seit 30 Jahren ein Budget ohne Defizit. Das ist um so eindrucksvoller, als noch 1993 ein Fehlbetrag von sage und schreibe 300 Milliarden Dollar in der Staatsrechnung zu verzeichnen gewesen war. Auch wenn das gute Abschneiden des Staatshaushalts zu einem guten Teil günstigeren Zeitumständen (geringere Verteidigungsausgaben, guter Wirtschaftsgang mit einem Wachstum des Bruttoinlandprodukts von 3,8%) zu verdanken ist, geniesst der Präsident doch in Meinungsumfragen den Ruf effizienter Regierungstätigkeit mit verbessertem Kostenbewusstsein. Bezeichnend für seine Akzeptanz in breiten Schichten der Bevölkerung ist, dass eine Reihe von hinterhältigen Anschuldigungen, wonach er sich gegenüber Frauen sexueller Belästigungen schuldig gemacht haben soll, sein Image als Politiker keineswegs herabgemindert hat. Übrigens ist die hartnäckigste dieser Klagen vom zuständigen Gericht am 1. April als unsubstantiiert abgewiesen worden.

* * *

Das ohne Zweifel sowohl wirtschaftlich wie auch politisch auf längere Sicht bedeutungsvollste Ereignis in der Berichtsperiode ist diesseits des Atlantiks zu orten. Nach der Vollendung des europäischen Binnenmarktes in der *Europäischen Union (EU)* rückt nun die Einführung einer *gemeinsamen europäischen Währung,* Euro getauft, mit Riesenschritten heran. Anfangs Mai ist in Brüssel von den Regierungsvertretern der EU-Länder entschieden worden, am 1. Januar 1999 in die Währungsunion definitiv einzusteigen. Die Vorbedingung für die Teilnahme war die Erfüllung der im Vertrag von Maastricht niedergelegten Minimalkriterien der einzelnen, nationalen Wirtschaften und Etats. Diese sind von allen elf schon in der Startphase zur Währungsunion zugelassenen Mitgliedstaaten entweder erfüllt oder im Begriff, erfüllt zu werden. Vom 1. 1. 1999 an wird eine als unauflösbar betrachtete Währungsunion zwischen *Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Luxemburg,* den *Niederlanden, Irland, Italien, Österreich, Portugal* und *Spanien* in Kraft treten. Nicht bzw. noch nicht beteiligt sind *Grossbritannien, Dänemark, Schweden* und *Griechenland,* die ersten drei auf eigenen Wunsch, Griechenland, weil es die erforderlichen Konvergenzkriterien noch nicht zu erfüllen vermag. Die gemeinsame Währung namens Euro wird die elf nationalen Währungen der Teilnehmer der Währungsunion zunächst zwar nur als sog. gemeinsame Buchwährung ersetzen; aber bis zum Jahr 2002 werden alle bisher in diesen Ländern im Umlauf befindlichen Geldscheine und Münzen durch Euro-Nominale ersetzt.

Der Gipfel von Brüssel hat auch die gegenseitigen Wechselkursparitäten unwiderruflich festgeschrieben, wobei allerdings vorerst aus technischen Gründen die Wechselkurse zwischen dem Euro und den von ihm abzulösenden Währungen noch nicht fixiert worden sind. Aber schon am Gipfel in Madrid war beschlossen worden, dass ein Euro das Äquivalent von einem Ecu darstellen soll. Die Reaktionen der Börsenmärkte im Mai war durchwegs positiv, ein Hinweis darauf, dass diese einzigartige Währungsoperation und ihre Modalitäten allgemein als glaubwürdig betrachtet werden. Für das Gelingen der Einführung und der Wertbeständigkeit der neuen Einheitswährung ist es von grosser Wichtigkeit, dass deren Akzeptanz gesichert ist. In dieser Beziehung von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist es, dass die

neue *Europäische Zentralbank* mit Sitz in Frankfurt als Notenbank der EU eine von allen politischen Instanzen und Einflüssen völlig unabhängige Institution sein wird. Zum Chef der neuen Zentralbank ist nach einigen bedauerlichen Querschüssen aus Frankreich der Holländer Wim Duisenberg, seit 1982 Präsident der Niederländischen Notenbank und seit zwei Jahren Präsident des Europäischen Währungsinstituts, gewählt worden. Als Vizepräsident ist ihm sein französischer Kollege Jean-Claude Trichet zur Seite gestellt worden; dieser gilt als Duisenbergs designierter Nachfolger, wenn dieser vor Ablauf seiner eigentlich achtjährigen Amtszeit seinen Rücktritt nimmt, was wahrscheinlich ist. Das unschöne Tauziehen um die Präsidentschaft der Zentralbank wurde in den Medien etwa als schlechtes Omen für den inneren Zusammenhalt der EU interpretiert; aber das unmittelbar anschliessende Treffen zwischen Bundeskanzler Kohl und dem französischen Staatspräsidenten Chirac in Avignon zelebrierte volle Harmonie zwischen dem führenden EU-Tandem Deutschland und Frankreich.

* * *

Was die *einzelnen Länder in Europa in wirtschaftlicher Hinsicht* anbelangt, so sind die Anzeichen untrüglich vorhanden, dass der Talboden der mehrjährigen, schweren Rezession nun durchschritten ist und ein stärkeres *Wirtschaftswachstum* wieder einsetzt. In Prozentzahlen ausgedrückt hat dieses in Europa im Jahre 1997 insgesamt um 0,9% zugenommen und erreichte im Durchschnitt 2,6%. In den ersten Rängen figurieren die beiden peripheren Länder Irland (+8,3%) und Finnland (+4,8%), vor Dänemark (+4,4%), Holland (+3,8%) und Spanien (+3,6%), während Frankreich (+3%), Italien und Grossbritannien (je +2,8%) und selbst Deutschland (trotz Belastung durch die neuen Bundesländer) mit einem Wachstum von 2,4% sich immer noch sehen lassen können.

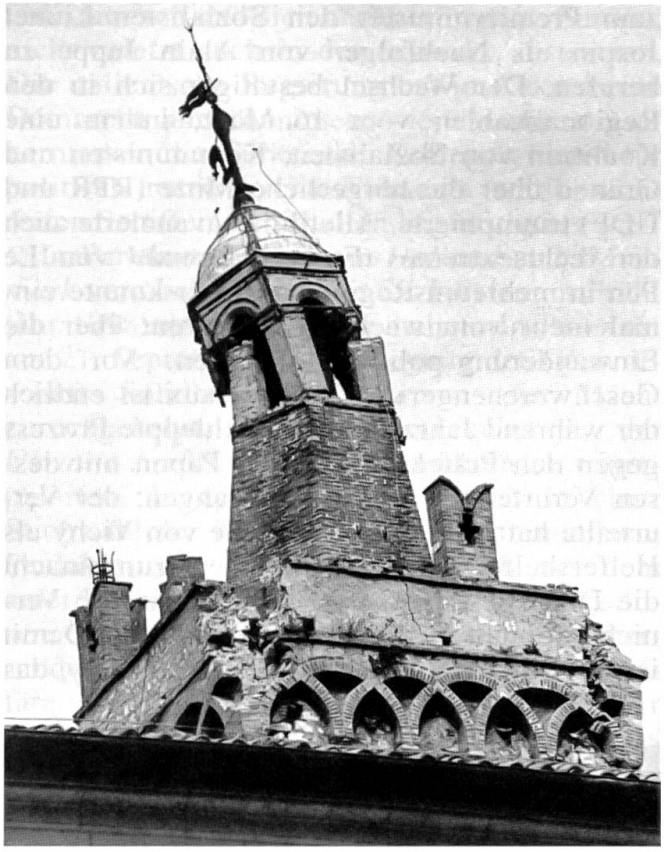
Auch in den osteuropäischen Ländern zeichnet sich, allerdings unterschiedlich markant, eine positive Trendwende ab. Nur noch Bulgarien (–7%), Albanien (–5%), Moldawien (–5%) und Rumänien (–5,9%) tanzen aus der Reihe, ebenso knapp noch die Ukraine mit einem Minus von 1,8%. Hingegen liegen die baltischen Staaten mit einem Wachstum von plus 5,8% mit dem Spitzenreiter Estland (+13,4%) recht gut im Rennen. Aufsehenerregend sind die Wachstumssprünge von Ungarn und Polen mit 11%. Überraschend ist, dass das jahrelang von Restrukturierungsschwierigkeiten gebeutelte Russland einen Hoffnungsschimmer zu verbreiten vermag: es wartet zum ersten Mal mit einem wenn auch bescheidenen Wachstum auf (+1,9%). Allerdings darf aus diesen Zahlen noch nicht der Schluss gezogen werden, dass im östlichen Teil von Europa sich nun endlich eine verlässliche Stabilität abzeichne. Immerhin ist positiv zu würdigen, dass in Osteuropa, mit Ausnahme von Bulgarien und Rumänien, das Gespenst einer galoppierenden *Inflation* so gut wie gebannt werden konnte. Ausserhalb des ehemaligen Ostblocks ist, abgesehen von der Türkei, der Geldwertschwund kein Problem mehr. Einige Länder – darunter die Schweiz – sind sogar bei annähernd Null-Inflation angelangt!

Dasselbe kann hingegen vom Stand der *Arbeitslosigkeit* nicht gesagt werden, die in Belgien, Italien, Deutschland und Frankreich hartnäckig bei über 10% verharrt, in Spanien sogar bei annähernd 20%. Auch in Osteuropa ist der Stand der Arbeitslosigkeit noch keineswegs auf einem akzeptablen Niveau. Signifikant gesunken ist diese ominöse Zahl in den USA, in Grossbritannien, in Kanada, Dänemark, Schweden und, ganz neuerdings, auch in der Schweiz. Nicht unerwähnt bleibe, dass demgegenüber in Thailand, Korea, Indonesien und Malaysia, ja auch in Japan plötzlich magere Kühe auf der Weide grasen und im Sommer und Herbst 1997 eine erschreckend schwere Finanz- und Wirtschaftskrise epidemische Ausmasse angenommen hat, die den vormals spektakulär aufstrebenden «Tiger-Staaten» unerhörte Wohlstandseinbussen verpasst. Es drohen dort nachhaltig Währungszerfall, Instabilität, Unruhen und Gewaltausbrüche, wenn es den vereinten Kräften von

Weltbank, Währungsfonds und massiven europäischen und amerikanischen Hilfeleistungen nicht gelingt, den Absturz aufzuhalten. Nicht auszuschliessen ist, dass das Debakel in Südostasien auch negative Auswirkungen auf Europa hat, d. h. dass dadurch der nun in Gang gekommene Konjunkturaufschwung geschwächt, verzögert, ja eventuell sogar da und dort wieder zunichte gemacht wird! Die fortschreitende Globalisierung und immer engere Vernetzung aller Handelsbeziehungen und Finanzströme hat offensichtlich auch ihre spezifischen Risiken, gegen welche die heute bestehenden Absicherungen nicht genügen!

* * *

Welches sind einzelne erwähnenswerte Ereignisse und Entwicklungen im politischen Weltgeschehen? *Deutschland* blickt im Herbst 1998 auf Bundestagswahlen, die als Resultat möglicherweise ein Ende der langen Ära der Regierungsmacht von CDU/CSU mit ihrer Koalitionspartnerin FDP bringen könnten. Bundeskanzler Kohl strebt nochmals seine Wiederwahl an; aber diese ist im Hinblick auf enttäuschende Wahlergebnisse in den Bundesländern unsicher geworden. Kohl hat es verfehlt, noch rechtzeitig einen valablen Nachfolger in die Front zu stellen. Auf der anderen Seite ist bei der oppositionellen SPD mit der Designation von Gerhard Schröder an Stelle des etwas schillernden Lafontaine eine glaubwürdige Alternative vorhanden. Anfangs März registrierte die SPD in den Landtagswahlen von Niedersachsen mit 49% Wählerstimmen einen bemerkenswerten Erfolg; und in Sachsen-Anhalt erreichte die SPD 36% der Wählerstimmen, derweilen die CDU mit nur noch 22% der Stimmen eine Abfuhr erlebte. Wegen Nichterreichens der Fünf-Prozent-Hürde sind dort die FDP und die Grünen aus dem Landtag ausgeschieden, während ein überraschender Vormarsch der extremen Linken (PDS) und der extremen Rechten (DVU) mit auf Anhieb 19,5% bzw. 13% der Stimmen zu verzeichnen war. Vermehrte Äusserungen von Unzufriedenheit und Frustration machen sich bei der jungen Generation bemerkbar; und es fällt auf, dass auch wieder Protestaktionen mit Gewalthandlungen gegen Atommüll-Transporte Zulauf finden. Der soziale Konsens ist brüchig geworden, und es ist unter der amtierenden Regierung nicht gelungen, die enorm angeschwollenen Sozialausgaben mit dem Steueraufkommen des Staates in Einklang zu bringen.



Schwere Erdbeben in Mittelitalien
Mehrere aufeinanderfolgende Erdbeben innert weniger Tage lassen den Bewohnern der Regionen Umbrien und Marche keine Ruhe. Mehrere Todesopfer, viele Verletzte und grosse Sachschäden sind zu beklagen. Unser Bild zeigt den Rathausturm des umbrischen Dorfes Foligno. (Foto: Keystone Press AG, Zürich)

In *Frankreich* kam es im Juni 1997 zu einem überraschenden parteipolitischen Revirement. In unklug vorgezogenen Neuwahlen des Parlaments errangen die Sozialisten einen klaren Sieg. Präsident Chirac sah sich gezwungen, das Kabinett auszuwechseln und

zum Premierminister den Sozialisten Lionel Jospin als Nachfolger von Alain Juppé zu berufen. Der Wechsel bestätigte sich in den Regionalwahlen vom 16. März, indem eine Koalition von Sozialisten, Kommunisten und Grünen über die bürgerliche Mitte (RPR und UDF) triumphierte. Allerdings avancierte auch der rechtsextreme «Front National» von Le Pen in mehreren Regionen; dieser konnte einmal mehr vom wachsenden Unmut über die Einwanderungspolitik profitieren. Vor dem Geschworenengericht in Bordeaux ist endlich der während Jahrzehnten verschleppte Prozess gegen den Präfekten Maurice Papon mit dessen Verurteilung zu Ende gegangen; der Verurteilte hatte unter dem Regime von Vichy als Helfershelfer der deutschen Besatzungsmacht die Deportierung von 1600 Juden in die Vernichtungsstätten der Nazis veranlasst. Damit ist das Tabu der Kollaboration von Vichy, das bis zur Ära Mitterrand in Frankreich offiziell möglichst nicht angetastet worden ist, nun endgültig gebrochen. Die konventionelle Politik Frankreichs in Schwarz-Afrika kam weiterhin unter Beschuss; und für die französische Kolonie Neukaledonien im Pazifik ist die Abhaltung eines Plebiszits in 20 Jahren hinsichtlich des völkerrechtlichen Status der Insel festgelegt worden. Unabhängigkeitsbestrebungen kündigten sich auf Korsika neuerdings wieder mit Gewaltakten an. In der Aussenpolitik wurde unter Chirac das Tandem mit Deutschland aufrechterhalten; aber im Verhältnis zu den USA betonte Frankreich einmal mehr eine eigenwillige Haltung. Guten Beziehungen zu China wird französischerseits grösster Wert zugemessen, dokumentiert durch einen Besuch Chiracs in Peking.

In *Grossbritannien* zeigen sich unter der Labourregierung Blair zum ersten Mal vielversprechende Aussichten, dass der 30jährige Bürgerkrieg in Nordirland nun auf Grund eines Friedensabkommens zwischen den Protestanten und Katholiken, das u. a. die Wiedereinsetzung eines eigenen Parlaments in dieser leidgeprüften Provinz begründen soll, endlich zu Ende geht. Ein wahrhaft epochales Ereignis war die Rückgabe der Kronkolonie Hongkong nach 156 Jahren britischer Herrschaft am 1. Juli an China; Peking will diesem erstrangigen Handels- und Finanzzentrum im Fernen Osten für 50 Jahre einen Sonderstatus mit Aufrechterhaltung wichtiger Sonderrechte gewäh-

Terroranschlag im ägyptischen Luxor
Der dramatische Überfall von islamisch-fundamentalistischen Angreifern fordert unter Touristen 58 Todesopfer, darunter 36 Personen aus der Schweiz. Die ruchlose Tat löst in unserem Land grosse Betroffenheit aus. Unser Bild zeigt die Särge der Schweizer Terror-Opfer in der Swissair-Werfthalle des Flughafens Kloten, wo eine erste Trauerfeier stattfand.
(Foto: Keystone Press AG, Zürich)

ren. Mit Hongkong ist der letzte Teil des britischen Empire östlich von Suez liquidiert worden. Auch unter der Labourregierung von Blair hält sich Grossbritannien, obwohl es die Konvergenzkriterien von Maastricht erfüllt, gegenüber der Kreation der europäischen Einheitswährung noch auf Distanz. Das Pfund Sterling kann die Rolle einer Ausweichwährung übernehmen, falls Kapitalflucht aus dem Euro in einen sicheren Hafen in Betracht gezogen wird. Dennoch steht Labour, im Gegensatz zu den diesbezüglich uneinigen Konservativen, stramm zur EU. Am 31. August ist die allseits beliebte Lady Diana bei einem Autounfall in Paris unter eigenartigen Umständen ums Leben gekommen. Hierauf kam es in London zu beispiellosen, spontanen Trauerkundgebungen mit einem unabsehbaren Blumenteppich und einer ergreifenden Abdankung in der Westminster Abbey.

Italien lebte das ganze Jahr in Spannung, ob ihm die Teilnahme an der europäischen Währungsunion auf Grund seiner Wirtschaftsdaten möglich sei oder nicht. Aber unter der Regierung Prodi konnte eine fortschreitende Sanierung der entscheidenden Grössen bewerkstelligt werden, was vor einigen Jahren noch niemand für möglich gehalten hätte. Das Bruttoinlandprodukt Italiens kommt mittlerweile nahe an dasjenige von Grossbritannien heran. Und die früher notorisch fallsüchtige Lira präsentiert sich heute als vertrauenerweckend. Es konnte so keine Rede mehr davon sein, Italien die Teilnahme am Euro-Projekt zu verwehren. Auch der Kampf gegen die in der Nachkriegszeit weit verbreitete Korruption und Steuerhinterziehung scheint zum ersten Mal aussichtsreich zu sein. Die Schwierigkeiten mit der EU liegen auf einer anderen Ebene, nämlich in der Kontrolle der von Natur aus langen Küste. Auf dem Seeweg gelangen illegale Einwanderer in grosser Zahl heimlich via Italien nach den übrigen EU-Ländern, zwischen welchen es auf Grund des sog. Schengener Abkommens heute keine Grenzkontrollen mehr gibt. Es sind vor allem Albaner, Kurden, Flüchtlinge aus dem Nahen und Mittleren Osten und aus Afrika, die in Italien unerkannt untertauchen und sich nachher in ganz Europa, nicht zuletzt auch in der Schweiz, festsetzen. Die italienische Regierung hat in Ankara eine Démarche unternommen, weil nachgewiesenermassen die Türkei den Schlepperdienst für politisch unerwünschte Elemente auf abbruchreifen Schiffen nach Italien begünstigte.

In Parlamentswahlen in *Holland* und *Dänemark* vermochten sich die Sozialisten im Frühjahr 1998 an der Macht zu halten. In *Polen* ist am 21. September die Bewegung der Gewerkschaft Solidarnosc wieder an die Macht zurückgekehrt, während umgekehrt in der *Ukraine* am 30. März die Kommunisten triumphierten. In *Litauen* wiederum ist in einer Stichwahl der Kandidat der Neokommunisten, Paulakas, von einem erst kürzlich aus dem amerikanischen Exil heimgekehrten Parteilosen, Valdas Adamkus, als Staatspräsident überrundet worden. Wegen einer Parteispendenaffäre wurde in der *Tschechei* anfangs Dezember der langjährige Ministerpräsident Vaclas Klaus trotz seiner grossen Verdienste um die Reformen gestürzt, derweilen Staatspräsident Vaclav Havel kränkelt und sich mehreren chirurgischen Eingriffen unterziehen musste.

Russland findet langsam zu einer gewissen Normalisierung der internen Verhältnisse zurück. Es ist gelungen, die horrende Inflation einzudämmen, worauf auf Jahresanfang die Rubelwährung um drei Nullen schlanker gemacht wurde. Aber die innere und äussere Staatsverschuldung ist alarmierend gewachsen. Präsident Jelzin, der sich mehrmals in Spitalpflege begeben musste, war mit der Regierung unter Tschernomyrdin notorisch unzufrieden und hat mehrmals kurzerhand Minister ausgewechselt. Am 23. März entliess er abrupt die ganze Regierung, stiess aber mit dem von ihm ausgewählten neuen Premier Kirijenko in der kommunistisch und nationalistisch beherrschten Duma auf Widerstand, bis diese, um angedrohte Neuwahlen zu vermeiden, ihn im dritten Anlauf schliesslich akzeptierte. Im neuen Kabinett sind mehrere Minister aus dem vorhergehenden Kabinett wieder anzutreffen. Jelzin wünscht den Reformkurs nicht zu bremsen, muss aber trotz seiner

Machtstellung als Präsident wegen des ihm nicht gut gesonnenen Parlaments vorsichtig lavieren. Aussenpolitisch war eine Wiederannäherung an China und der Versuch einer Aussöhnung mit Japan auf Jelzins Agenda. Einer Osterweiterung der EU, vor allem aber der NATO, widersetzt sich Russland nach Kräften, vor allem, wenn dadurch die Westgrenze tangiert würde. Bezeichnend wurde am 27. Mai 1997 in Paris ein Sicherheitsvertrag mit der NATO abgeschlossen, der die friedlichen Absichten des Westens gegenüber Russland dokumentieren sollte. Im baltischen Raum sind die Beziehungen zu Lettland nach wie vor gespannt. Am «nahen Ausland» ist das machtpolitische Interesse in Moskau nicht erlahmt; und um die labilen GUS-Staaten wie auch im Kaukasus und in Innerasien spielt es ein fortgesetztes Pokerspiel um politischen, teilweise auch militärischen Einfluss. Das Hauptinteresse gilt gegenwärtig der Sicherung der Pipeline-Netze für das Erdöl aus dem Kaspischen Becken.

Zuletzt noch ein Blick auf die Zwickmühle, in welcher sich *Serbien* mit seinem föderalen Anhängsel Montenegro befindet. Durch das Dayton-Abkommen und die amerikanische und europäische Truppenpräsenz in Bosnien-Herzegowina ist Milosevics «grossserbisches Abenteuer» wenn nicht erledigt, so doch zum mindesten auf später vertagt worden. Brisanter als in Bosnien ist gegenwärtig die Lage in *Kosovo,* das als Bestandteil von Serbien grossmehrheitlich von Albanern besiedelt ist, denen vormals in Jugoslawien eine Teilautonomie zugestanden worden war. Nach dem Zerfall des vormaligen Mehrvölkerstaats Jugoslawien hatten prompt auch die Kosovo-Albaner ihre Unabhängigkeit erklärt; sie konnten diese aber im Gegensatz zu Slowenien, Kroatien und Mazedonien nicht durchsetzen. Die Folge war der Verlust der Teilautonomie, worauf sich Belgrad dort wie eine Besetzungsmacht ohne jede Bereitschaft zu Konzessionen politischer und kultureller Art aufführte. Die Reaktion der unterjochten Kosovo-Albaner war zunächst ein entschlossener, aber gewaltloser Widerstand. Nach einer Anzahl von brutalen serbischen Polizeiaktionen droht dieser jetzt zu einem Guerillakrieg auszuarten. Eine internationale Vermittlung wäre dringend geboten, ist aber von Milosevic, darin bestärkt durch eine aus dem Ärmel geschüttelte Volksabstimmung in Serbien, strikte abgelehnt worden

* * *

Die *Schweiz* kann alles in allem auf ein recht gutes Jahr zurückblicken. Es scheint, als ob die Rezessionsperiode nun zu Ende gehe. Die Wirtschaft hatte 1996 eine Schrumpfung von 0,2% aufzuweisen. Obwohl die schwere Finanz- und Wirtschaftskrise, welche Ostasien um Jahre zurückgeworfen hat, an schweizerischen Exporten nicht spurlos vorübergeht, zeigen alle einschlägigen Zahlen deutlich eine langsame Erholung an. Gemäss Weltbank ist die Schweiz (ohne Berücksichtigung der Miniaturstaaten) heute das reichste Land vor Japan, Dänemark, Singapur und Deutschland. Dessen ungeachtet steht es um unsere Staatsfinanzen nach wie vor schlecht, ist es doch nicht gelungen, die sich kumulierenden Defizite auszumerzen. Zwar hat 1997 die Staatsrechnung um 500 Mio. besser abgeschlossen als budgetiert, aber der Fehlbetrag belief sich trotz allen Sparbemühungen immer noch auf 5,2 Mrd. Die Schulden des Bundes sind mittlerweile auf 97 Mrd. angestiegen. Bundesrat Villiger als Finanzminister stemmt sich den ständig tiefroten Zahlen, an welchen ein gegenüber wachsenden Sozialausgaben nachgiebiges Parlament die Hauptschuld trägt, hartnäckig entgegen. Mit einem mehrjährigen Sanierungsplan will er die Bundesfinanzen bis zum Jahre 2001 wieder in den Griff bekommen. Mit dem ungewöhnlichen Mittel von Gesprächen an einem Runden Tisch hat er das Wunder eines von rechts bis links reichenden verbalen Konsenses zustande gebracht. Allerdings sind dann SPS und Gewerkschaftsbund im Vorfeld der diesbezüglichen Volksabstimmung vom 7. Juni 1998 wieder ausgeschert. Mit dem politischen Kraftakt eines «Sanierungsprogramms 98» soll ein Sparvolumen von 2 Mrd. verwirklicht und im Jahre 2001 das maximal noch zulässige Defizit des Bun-

des auf 1 Mrd. oder höchstens noch 2% der Einnahmen begrenzt werden. Für die vorhergehenden Jahre sollen Zwischenziele mit einem Defizit von maximal 5 Mrd. (1999) und 2,5 Mrd. (im Jahre 2000) gelten. (Vergleichsweise beträgt das für 1998 budgetierte Defizit nicht weniger als 7,6 Mrd.) In einem zweiten Schritt wird es dann um die Eindämmung der heute überbordenden Ausgaben in den grossen Ausgabensektoren gehen sowie um die Sicherung der finanziellen Grundlagen der Sozialwerke, deren Finanzierung prekär geworden ist; die Arbeitslosenkasse weist schon heute eine Verschuldung von über 8 Mrd. auf.

UNO-Generalsekretär in Bern
Der neue UNO-Generalsekretär Kofi Annan wird von Aussenminister Flavio Cotti zu politischen Gesprächen empfangen.
(Foto: Keystone Press AG, Zürich)

Viele der innenpolitisch anstehenden Sachprobleme sind pendent und harren immer noch einer Lösung. Immerhin konnte in der Sommersession 1997 ein neues Asylgesetz unter Dach gebracht werden, welches einen dringend erforderlichen neuen Sonderstatus für «Gewaltflüchtlinge» einführt. Trotz freiwilligen Abreisen und Repatriierungsmassnahmen (Bosnien) haben sowohl die illegale Grenzüberschreitung, vor allem im Tessin, wie auch die Anzahl von Asylgesuchen zugenommen; es sind jetzt vor allem Kosovo-Albaner, Kurden und Nordafrikaner, die versuchen, in Europa und mithin in der Schweiz eine erspriesslichere Bleibe zu finden. Wegen der neuen Migrationswelle muss das personell unterdotierte Grenzwachtkorps verstärkt werden. In der Dezembersession hat der Nationalrat das Scheidungsrecht im ZGB dahingehend revidiert, dass die Schuldfrage für die Urteilsfindung im Prozess nicht mehr berücksichtigt wird. In der Märzsession ist die neue «Agrarpolitik 2002» bereinigt worden, gemäss welcher auf Preis- und Abnahmegarantien verzichtet wird; dafür aber sollen Direktzahlungen für ökologische Leistungen geleistet und Marktstützungen im Betrag von 1,2 Mrd. vorgenommen werden. Die Verwendung von Antibiotika zur Leistungssteigerung in der Landwirtschaft wird verboten. In der gleichen Parlamentssession ist auch das NEAT-Projekt verabschiedet worden; aber die Finanzierungsfragen sind noch weitgehend offen. Unverhältnismässig viel Zeit ist in beiden Räten für die Revision der Bundesverfassung aufgewendet worden, die lediglich eine formale Nachführung und klarere Formulierung des Inhalts bringen soll, aber immer wieder in Versuche ausartet, bei dieser Gelegenheit auch materielle Änderungen damit zu verbinden. Das Inter-

Internationale Politik in Bern
US-Aussenministerin Madeleine Albright trifft in Bern Palästinenserpräsident Arafat und führt Gespräche mit einer Delegation des Bundesrates und Vertretern des Parlamentes.
(Foto: Keystone Press AG, Zürich)

esse sowohl im Parlament wie auch in der Öffentlichkeit ist gering, was sich daran ermessen lässt, dass bei der Eintretensdebatte im Nationalrat am 20. Januar zwei Drittel aller Sitze im Saal leer geblieben sind!

In bezug auf die Armee zeichnet sich unter dem Signet 200 X nach der bereits vorgenommenen Bestandesreduktion ein weiterer personeller Abbau ab. Anfangs Februar haben Armeevertreter eine Reduktion auf 150 000 bis 200 000 Mann mit Dienstzeiten an einem Stück ohne Wiederholungskurse mit nachfolgender Einreihung in eine Reserve vorgeschlagen. Generalstabschef Scherrer gab bekannt, dass auf das Jahr 2000 hin 186 Panzer 68 und alle noch vorhandenen Kampfflugzeuge des Typs Mirage III S ausrangiert würden. Ende des gleichen Monats wurde der Bericht einer Studienkommission unter der Ägide von Staatssekretär Edouard Brunner bekannt, der sich auf strategische Fragen und die künftige Sicherheitspolitik bezieht. Gemäss diesem sei fortan statt mit einer militärischen Bedrohung eines konventionellen Gegners nunmehr mit Terrorismus, organisiertem Verbrechen und dem Einsatz von Mittel- und Langstreckenwaffen aus der Ferne zu rechnen, wogegen wir nicht vorbereitet sind. Gegen diese Bedrohungsformen hält die Kommission einen Alleingang der Schweiz für aussichtslos und fordert deshalb eine Kooperation mit den Nachbarländern und eine Annäherung an die NATO sowie ein «Solidaritätskorps für Friedenseinsätze im Ausland» und ein Einsatzkorps zur Unterstützung der Polizei. Der Bericht hat grosses Aufsehen erregt und auch geharnischte Kritik geerntet. Es liegt auf der Hand, dass mit einer so radikalen Umstellung des Wehrwesens auch die jahrhundertealte schweizerische Tradition der Milizarmee mit allgemeiner Wehrpflicht im Kern in Frage gestellt würde.

In der Volksabstimmung vom 8. Juni 1997 ist die Initiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr mit 77,3% wuchtig verworfen worden. Die Aufhebung des dem Bund bisher vorbehaltenen Pulverregals hingegen wurde angenommen. Eine Initiative, wonach EU-Beitrittsverhandlungen vors Volks gebracht werden müssten, fand keine Zustimmung. Am 28. September wurde die Volksinitiative «Jugend ohne Drogen» von allen Kantonen klar verworfen, während Sparmassnahmen bei der Arbeitslosenversicherung knapp das gleiche Schicksal erlitten.

Wie üblich wurden in der Dezembersession die beiden Ratspräsidenten für 1998 erkoren, im Nationalrat Ernst Leuenberger (SP, Solo-

thurn) und im Ständerat Ulrich Zimmerli (SVP, Bern). Zum neuen Bundespräsidenten wählte die Bundesversammlung turnusgemäss Bundesrat Flavio Cotti, während Bundesrätin Ruth Dreifuss als Vizepräsidentin beliebte. Da Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz wegen schwer angeschlagener Gesundheit sich am 14. Januar gezwungen sah, nach 14 Jahren der Zugehörigkeit zur Landesregierung auf Ende März seine Demission einzureichen, musste in der Frühjahrssession zu einer Ersatzwahl geschritten werden. Als Favorit galt von Anfang an Nationalrat Pascal Couchepin (FDP, Wallis); da aber vier Kandidaten der Freisinnigen zur Auswahl standen und die Fraktion der FDP selber aus psychologisch-taktischen Gründen offiziell einen Zweiervorschlag mit Couchepin und der aus der Waadt stammenden Nationalrätin Christiane Langenberger einbrachte, waren fünf Wahlgänge notwendig. Couchepin ging mit 146 Stimmen als klarer Sieger aus dem reglementarischen Eliminationsprozess hervor. Der neue Bundesrat übernahm von Delamuraz das EVD, ohne dass es zu anderen Departementswechseln gekommen wäre.

Das aussenpolitisch wichtigste Ereignis war das unerwartete Fiasko der bilateralen Verhandlungen im Rat der Verkehrsminister der EU am 17. März. Obwohl vorher vom Verkehrskommissar der EU, dem Briten Kinnock, zusammen mit Bundesrat Leuenberger ein positives Resultat dieser sich schon lange hinziehenden Verhandlungen über den Verkehrsvertrag und die Transitabgaben angekündigt worden war, kam in Brüssel ein Konsens nicht zustande. Der deutsche Verkehrsminister Wissmann legte dagegen ein Veto ein. Die Folgen sind noch unklar; aber ohne diesen Konsens treten auch alle anderen bilateral ausgehandelten Vereinbarungen mit der EU nicht in Kraft, d. h. die Schweiz bleibt, nachdem 1992 die Teilnahme am EWR von Volk und Ständen abgelehnt worden war, weiterhin isoliert, während die europäische Integration mit Riesenschritten vorangeht. Auch in der Frage der nachrichtenlosen Vermögen ist, obschon inzwischen vollständige Namenlisten der ursprünglich berechtigten Kontoinhaber erstellt worden sind und die Aufarbeitung der geschichtlichen Fakten aus dem Zweiten Weltkrieg weiter vorangeschritten ist, keine Beilegung des Konflikts in Sicht. Im Gegenteil, die beispiellose Aggressivität des WJC (World Jewish Congress) hat noch zugenommen, und einzelne Repräsentanten dieser Organisation in New York überbieten sich in Behauptungen und bösartigen Beschimpfungen der Schweiz. So hat der Präsident des WJC, Bronfman, sich sogar nicht gescheut, in einer öffentlichen Rede der Schweiz mit dem «totalen Krieg» zu drohen – ein Ausdruck, welchen er übrigens ausgerechnet dem polemischen Vokabularium von Hitlers Propagandaminister Goebbels entlehnt hat! Während die schweizerischen Grossbanken sich auf Verhandlungen über eine «globale Lösung» eingelassen haben, ist inzwischen die Atmosphäre in dieser Angelegenheit in der schweizerischen Öffentlichkeit so vergiftet, dass die bekanntlich von Bundesrat Koller vorgeschlagene Solidaritätsstiftung jetzt nur noch wenig Aussicht hat, vom Souverän gebilligt zu werden. Derweilen spitzen sich die Boykottdrohungen zu konkreten Sanktionen gegen die Schweiz zu, obschon sich Präsident Clinton ausdrücklich davon distanziert hat. Man ist sich in der Schweiz immer noch unschlüssig, wie man auf die psychologische Kriegführung, die sich inzwischen in milliardenschweren sog. Sammelklagen niedergeschlagen hat, reagieren soll. Aber es werden da und dort Schritte erwogen, die sich nicht auf das diplomatische Parkett beschränken, sondern auch gerichtliche Klagen sowie die Einschaltung der WTO ins Auge fassen.

Die Wirtschaftsstruktur der Schweiz hat auch im vergangenen Jahr starke Veränderungen erfahren. Die grossen Unternehmen reagieren auf die rasch voranschreitende Globalisierung der Märkte wie anderswo auch in der Schweiz mit einer Konzentration der Kräfte durch engere Kooperation, kühne Investitionen in die Konzernexpansion, durch den Aufkauf ganzer Firmenkomplexe im In- und Ausland sowie durch gigantische Zusammenschlüsse bisher selbständiger Unternehmen.

So überraschte zum Beispiel im Juli der Migros-Konzern die Öffentlichkeit durch die Übernahme der Warenhauskette Globus für 700 Mio. Und das Basler Chemieunternehmen Hoffmann-La Roche verleibte sich für 15 Mrd. Franken das deutsche Unternehmen Boehringer ein. Am 11. August wurde die Eingliederung der Versicherungsgesellschaft «Winterthur» in die Grossbank Credit Suisse bekanntgegeben, wobei es sich um eine Transaktion in der Grössenordnung von 13 Mrd. Franken gehandelt hat. Am 8. Dezember aber hielt die Geschäftswelt wahrhaft den Atem an, als überraschend die Fusion zwischen den beiden Grossbanken SBV (Bankverein) und UBS (Bankgesellschaft) angekündigt wurde; dieser Zusammenschluss lässt unter dem neuen Namen «Union Bank of Switzerland» mit einer Bilanzsumme von mehr als einer Billion Franken die zweitgrösste Bank der Welt entstehen! Nebenbei sei vermerkt, dass auch die Presse von der Konzentrationsbewegung in noch stärkerem Mass betroffen ist und der sog. Bannwald der Demokratie langsam, aber sicher vom Zeitungssterben abgeholzt wird. Der Trend geht dahin, dass pro Stadt und Region nur noch ein einziger Titel, möglicherweise in der Form von Kopfblättern mit weitgehend identischem Inhalt, übrig bleibt. Offensichtlich wird die gedruckte Presse immer mehr von den elektronischen Medien verdrängt.

In der Rubrik «Faits divers» sind einige illustre Besucher aufzuführen, so der brasilianische Staatspräsident Cardoso (29. Januar), Nelson Mandela (7. September) und tags darauf UNO-Generalsekretär Kofi Annan, US-Staatssekretärin Albright (15. November), zu zweien Malen Hillary Clinton sowie im Mai 1998 Präsident Clinton in Genf und – als eigentliche Sensation – Fidel Castro in Genf und in Bern. Ein dunkles Kapitel ist der grösste Raub, der je in der Schweiz begangen worden ist: ein tollkühner Anschlag auf die Fraumünsterpost in Zürich brachte am 1. September den fünf Tätern die Rekordsumme von 53 Mio. an Bargeld als Beute ein; die Hälfte dieser Summe konnte inzwischen sichergestellt werden, aber der Haupttäter ist noch flüchtig. Ganz unfassbar ist ein politisch motiviertes grässliches Attentat vom 17. November durch islamische Fundamentalisten in Luxor (Ägypten) auf Touristen; von den 66 Opfern des Massakers waren 57 Touristen, darunter 36 Schweizer. Am 4. Mai schliesslich kam es zu einem Kapitalverbrechen im Vatikan; dort ist der neuernannte Kommandant der Schweizergarde, Alois Estermann, zusammen mit seiner Gattin von einem ihm untergebenen Unteroffizier aus anscheinend persönlichen Motiven in seiner Wohnung durch Schüsse getötet worden.

* * *

Im *Kanton Bern* wurde gegen die Neuorganisation der Spitalversorgung ein Referendum eingereicht, wodurch eine Verzögerung entsteht; allerdings haben verschiedene Spitäler in der Zwischenzeit bereits freiwillig kostensparende, regionale Restrukturierungen in die Wege geleitet. Um die Sanierung der Kantonsfinanzen wirkungsvoller voranzutreiben, hat der Grosse Rat mit 113 zu 20 Stimmen beschlossen, dass die Gemeinden während fünf Jahren zwei Prozent ihres Steuerertrages dem Kanton abzuliefern haben. In 22 Gemeinden konnten die Kosten des neuen Lastenausgleichs verkraftet und die Steueranlage sogar etwas gesenkt werden. Ab 1999 sollen die amtlichen Liegenschaftswerte eine Erhöhung um 70% der Verkehrswerte erfahren; aber die fiskalische Mehrbelastung der Liegenschaftsbesitzer bleibt relativ gering. Die Staatsrechnung des Kantons Bern für 1997 schliesst mit einem Defizit von 211 Mio. ab, um 42,2 Mio. besser als budgetiert, aber rund 50 Mio. schlechter als im vorangehenden Jahr 1996. Um eine markante Sanierung der Staatsfinanzen zu erreichen, wollen die einen massiv sparen, die anderen aber Steuern und Gebühren erhöhen. Beim Busseninkasso entstand in den letzten Jahren ein unverständliches Chaos, indem vielfach bereits bezahlte Bussen ein zweites Mal eingefordert, anderseits aber ausstehende Zahlungen jahrelang nicht gemahnt und in manchen Fällen nicht einmal mehr eingefordert worden sind.

Die Berner Kantonalbank erarbeitete 1997 einen erfreulichen Gewinn. Sie hat das Vertrauen der Bevölkerung sukzessive wieder gewonnen. Die beiden Zuckerfabriken Aarberg und Frauenfeld haben fusioniert, wodurch Verwaltungs- und Vertriebskosten sinken. Arbeitsplätze gehen in Aarberg dadurch nicht verloren. Der Berner Flugplatz Belpmoos erfreut sich steigenden Zuspruchs. Die Zahl der Flugpassagiere nimmt stetig zu. «Air Engiadina» und «Crossair» vermehren ihre Kursflüge ab Bern nach europäischen Zentren oder nach beliebten Touristikzielen. Allerdings sah sich der Bund veranlasst, die An- und Abflugzeiten zu verlängern; und die Start- und Landepiste muss aus Sicherheitsgründen verlängert werden, was manche Anwohner verärgert, weil sie einen höheren Lärmpegel befürchten. Enttäuschung ausgelöst hat die Mitteilung der Direktion der EXPO 01, dass zur Verwirklichung der bestehenden Projekte ca. 200 Mio. fehlen.

Die letzte sozialdemokratische Tageszeitung, «Berner Tagwacht», hat nach jahrelangem Existenzkampf ihr Erscheinen eingestellt. Als Nachfolge-Organ ist jetzt eine neue Wochenzeitung mit dem Titel «Hauptstadt» auf dem Markt. Und schliesslich Neues aus dem Bereich der Berner Justiz: Die beiden landflüchtigen Konkursiten Peter Krüger und Werner K. Rey kommen nun endlich in Bern vor Gericht. Der erstere ist freiwillig von den Cayman-Inseln zurückgekehrt, und der letztere soll auf Grund eines Urteils des Obersten Appellationsgerichts des Commonwealth in London vom 2. April von den Bahamas an die Schweiz ausgeliefert werden. Endgültig vom Tisch ist der «Fall Zwahlen»; dieser Strafprozess kann nach dem Freispruch nicht ein weiteres Mal aufgerollt werden.

Bei den Regierungsratswahlen vom 19. April 1998 wurden die bisherigen Regierungsräte Mario Annoni, Elisabeth Zölch, Dori Schär, Hans Lauri und Samuel Bhend wiedergewählt. Neu in den Regierungsrat delegiert worden sind Werner Luginbühl und Dora Andres. Ab Juni 1998 wird Mario Annoni das Regierungspräsidium von Elisabeth Zölch übernehmen; er gibt die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion an den neu gewählten Regierungsrat Luginbühl ab und führt neu die Erziehungsdirektion. Dora Andres wird Vorsteherin der Polizei- und Militärdirektion. Die übrigen Mitglieder des Regierungsrats behalten ihre bisherigen Departemente. Enttäuscht hat die ungemein niedrige

Drei Frauen in der Berner Regierung
Erstmalig in der Schweiz: die Berner Stimmberechtigten wählen drei Frauen in den Regierungsrat! Von links: Dori Schaer (SP, bisher), Elisabeth Zölch (SVP, bisher) und Dora Andres (FDP, neu). Im Behördenverzeichnis auf Seite 50 ist die neue Zusammensetzung des Regierungsrates des Kantons Bern ersichtlich.
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

Stimmbeteiligung von nur 29,4%. Bei den Grossratswahlen kandidierten 1653 Personen für die 200 verfügbaren Sitze. Die beiden grossen bürgerlichen Parteien SVP und FDP werden auch in den nächsten vier Jahren im Berner Rathaus die erste Geige spielen. Trotz leichten Gewinnen der Linken zeigt die Sitzverteilung zwischen den Blöcken, dass praktisch alles unverändert bleibt. Nicht mehr im Grossen Rat vertreten ist der Landesring (LdU), und einen Krebsgang verzeichnete auch die Freiheitspartei (vormals Autopartei), die auf Grund von zwei Sitzverlusten jetzt nur noch mit vier Grossräten vertreten ist.

In der *Stadt Bern* gelangten insgesamt an vier Abstimmungstagen 17 Vorlagen zum Entscheid. Abgelehnt wurde der vom Gemeinderat geplante «Masterplan Bahnhof Bern» (Überbauungssordnung Stadtplätze/Schanzentunnel). Knapp angenommen wurden die «Wintergärten» am Bärenplatz und der Voranschlag der Stadt für 1998. Der Zonenplan Stadion Wankdorf ist gutgeheissen worden, so dass Bern in absehbarer Zeit wieder im Besitz eines modernen nationalen Fussballstadions sein wird; von privater Seite sind rund 200 Mio. aufzuwenden. Die Rechnung der Stadt Bern für 1997 hat mit einem Defizit von 52,9 Mio. abgeschlossen, eine Verschlechterung gegenüber dem Voranschlag um 37,2 Mio. Der Cashflow von 7,2 Mio. liess keine Selbstfinanzierung zu. Der Verlustvortrag erhöhte sich damit trotz sehr geringer Teuerung in den letzten Jahren auf 291 Mio. Franken. Eine vom Gemeinderat im Mai 1998 anberaumte Krisensitzung mit allen Partei- und Fraktionspräsidenten soll eine Lösung des Dilemmas bringen; man ist sich aber bewusst, dass eine Steuererhöhung wohl eine Abwanderung guter Steuerzahler in die umliegenden Gemeinden der Region nach sich ziehen würde, also kaum in Betracht gezogen werden kann.

Im September hat das Volk einer Änderung der Rechtsform der Städtischen Verkehrsbetriebe (SVB) zugestimmt, welche ein marktgerechteres Verhalten des öffentlichen Verkehrs der Stadt ermöglicht. Im Dezember unterzeichneten die Stadtregierung und der kantonale Erziehungsdirektor mit Genehmigung des Gesamtregierungsrates ein für das Schulwesen historisches Dokument: Die Kantonalisierung der städtischen Gymnasien Bern-Kirchenfeld, Bern-Neufeld, der Höheren Mittelschule Marzili HMM und der Akademischen Studien- und Berufsberatung wurde Tatsache. Das Personal dieser Institutionen übernimmt der Kanton. Um das unter der Rezession leidende Baugewerbe zu stützen und eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verhindern, wurden die Kredite für bauliche Investitionen angemessen erhöht. Als kontraproduktiv stellen sich aber die immer häufiger werdenden privaten Beschwerden gegen Planungs- und Bauprojekte heraus, wodurch erhebliche Verzögerungen und zusätzliche Kosten entstehen.

Im Berichtsjahr spitzte sich die Lage in bezug auf den illegalen Drogenhandel zu. Dank dem Einsatz einer koordinierten «Task Force Drogenpolitik», verbunden mit einem massiven Polizeieinsatz (Aktion Citro), verbesserte sich die Situation in der Stadt bis im Frühjahr 1998 wesentlich. Der Kampf gegen die gut organisierten Dealer-Banden, die auch technisch bestens ausgerüstet sind, erweist sich aber als immer schwieriger. In finanziellen Schwierigkeiten stecken die seit vielen Jahren als sportliche Aushängeschilder von Stadt, Region und Kanton geltenden grossen Vereine SCB (Schlittschuh-Club Bern), YB (Fussballclub Young Boys) und BSV (Ballspielverein Bern). Die Heim-Wettkämpfe dieser Sportvereine zogen 1997 rund 400 000 Zuschauer in die Stadien; sie vermögen aber ihre Ausgaben mit den ordentlichen Einnahmen nicht zu decken. Die öffentliche Hand ist bei der Unterstützung dieser Sportvereine wenig grosszügig – sehr im Gegensatz zu den grösseren Kulturinstitutionen wie Stadttheater, Symphonieorchester, Museen usw., welche jährlich Millionen an Subventionen von Stadt, Kanton und Bund beziehen und von der Stadt Bern 25mal höhere Zuschüsse erhalten als die Sportvereine. Eine Sanierung auf privater Basis ist im Gang, erweist sich aber als ausserordentlich harzig.

Hans Rudolf Böckli